



Jahreswirtschaftsbericht 2010

Berlin, den 27. Januar 2010

Bruttoinlandsprodukt wächst um 1,4%

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stellte Deutschland und die Welt vor neue Herausforderungen. Deutschland wurde aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen von der Krise besonders getroffen. Wegen der kräftigen Einbrüche vor allem bei den Ausfuhren ging das reale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr mit 5 Prozent so stark zurück wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik.

Ausgewählte Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾

| | 2008 | 2009 | Jahres- projektion 2010 |
|---|--|-------|-------------------------------|
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | |
| Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) | 1,3 | -5,0 | 1,4 |
| Erwerbstätige (im Inland) | 1,4 | -0,1 | -1,0 |
| <i>Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²⁾</i> | 7,8 | 8,2 | 8,9 |
| VERWENDUNG des BIP preisbereinigt | | | |
| Private Haushalte u. private Organisationen o. E. | 0,4 | 0,4 | -0,5 |
| Ausrüstungen | 3,3 | -20,0 | 3,1 |
| Bauten | 2,6 | -0,7 | 1,1 |
| Inlandsnachfrage | 1,7 | -1,8 | 0,6 |
| Exporte | 2,9 | -14,7 | 5,1 |
| Importe | 4,3 | -8,9 | 3,4 |
| <i>Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾</i> | -0,3 | -3,4 | 0,8 |
| Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal) | 2,3 | -0,4 | 0,9 |

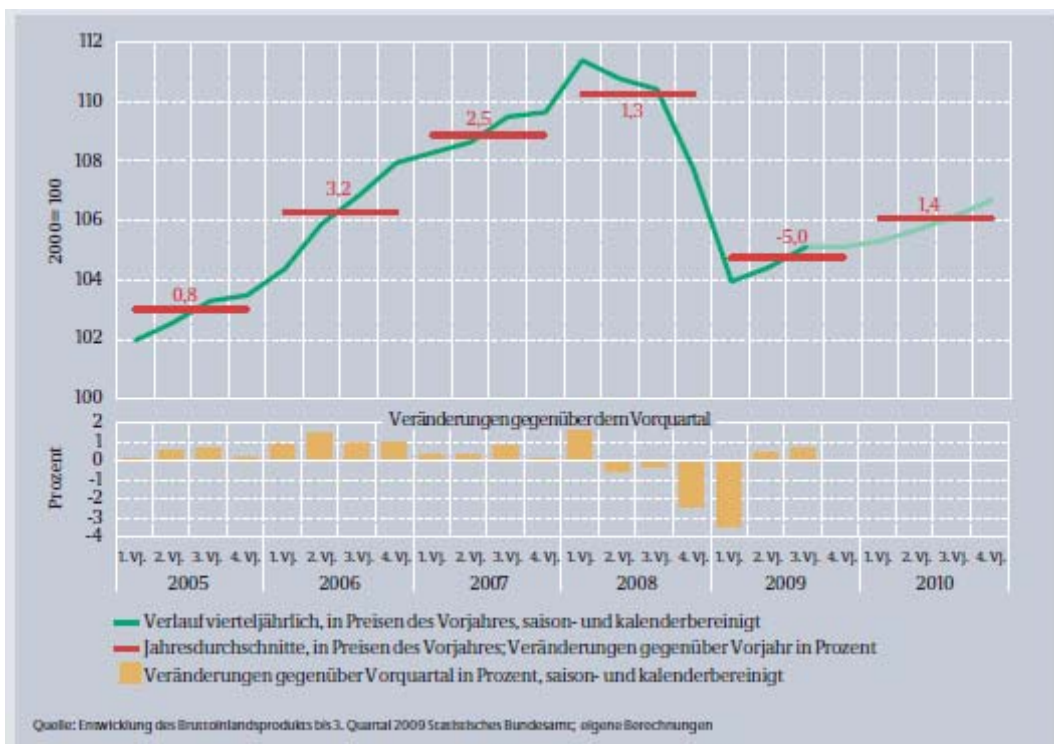
1) Bis 2009 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: 13. Januar 2010.

2) Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3) Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

Die Ausgangssituation für das Jahr 2010 ist von einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten geprägt. Die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird zu einem deutlichen Wachstum der deutschen Exporte führen, wobei das Niveau der deutschen Ausfuhren vor der Krise allerdings in diesem Jahr noch nicht erreicht wird. Im Jahr 2010 dürfte es für die Unternehmen auf Grund der hohen Kostenbelastungen zunehmend schwieriger werden, ihren Beschäftigungsstand zu halten. Daher dürfte es im Vergleich zum Vorjahr zu einem stärkeren Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit kommen. Beides wird allerdings weniger stark ausfallen als noch im letzten Jahr erwartet. Die Bundesregierung erwartet im Jahresdurchschnitt 2010 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (preisbereinigt)



Strategie der Bundesregierung: Wirtschaft stabilisieren – Wachstumsspielräume erweitern – Konsolidierungsaufgabe bewältigen

Um die Erholung zu festigen, hat die Bundesregierung u.a. mit einem Sofortprogramm Bürger und Unternehmen steuerlich in einem Umfang von rund 24 Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

Parallel zu den konjunkturellen Sofortmaßnahmen gilt es, mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume zu erweitern. Dies betrifft insbesondere Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien. Die Bundesregierung wird die Leistungsbereitschaft aller Bürger weiter stärken, indem sie ihnen mehr Freiräume gibt: Sie wird Bürokratie abbauen und sich für ein einfacheres Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen einsetzen. Dafür wird sie insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem sie den Einkommenssteuertarif zu einem Stufentarif umbaut. Der Tarif soll möglichst zum 01.01.2011 in Kraft treten.

Nachhaltig höheres Wachstum und strengere Haushaltsdisziplin werden damit entscheidend für den langfristigen Konsolidierungserfolg. Deshalb wird die Konsolidierung der Staatsfinanzen nach Maßgabe der neuen Schuldenregel ab 2011 ein zentraler Schwerpunkt der Politik werden. Daher bekennt sich die Bundesregierung zu den goldenen Regeln des Koalitionsvertrages, darunter auch dem Finanzierungsvorbehalt, der für alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages gilt.

Finanzmärkte funktionstüchtig halten

Die sinkende Kreditnachfrage ist derzeit die maßgebliche Ursache für die rückläufige Kreditvergabe. Deshalb sieht die Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt keine allgemeine flächendeckende Kreditklemme. Allerdings haben die Finanzierungsschwierigkeiten der Unternehmen zugenommen. Die wirtschaftliche Erholung darf nicht durch einen Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten gefährdet werden. Der Wirtschaftsfonds Deutschland hat sich hier mit seinem Kredit- und Bürgschaftsprogramm als wichtiges unterstützendes Element für die Kreditversorgung der Unternehmen in der jetzigen Situation erwiesen. Die Bundesregierung wird die Ausgestaltung des Wirtschaftsfonds Deutschland fortwährend überprüfen und falls erforderlich bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Dabei achtet sie strikt darauf, dass Unternehmen nur dann mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, wenn sie nach der konjunkturellen Erholung wieder aus eigener Kraft im Wettbewerb bestehen können und wenn keine wesentlichen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten von Konkurrenten zu erwarten sind.

Bei Problemen mit der Kreditfinanzierung werden sich die Unternehmen ab März 2010 an einen Kreditmediator wenden können. Er wird sich dafür einsetzen, dass insbesondere mittelständische Unternehmen bei ausreichender Bonität auch einen Kredit erhalten, indem er in Abstimmung mit entsprechenden Einrichtungen auf Länderebene die Beschwerden bündelt und versucht, zusammen mit der Kreditwirtschaft konstruktive Lösungen zu finden.

Die Bundesregierung wird die deutsche Bankenaufsicht in Zukunft bei der Deutschen Bundesbank zusammenführen und damit die Bankenaufsicht verbessern. Zudem sollen Mechanismen eingeführt werden, die es ermöglichen, dass zur Stabilisierung, Restrukturierung und finanzmarktschonenden Abwicklung von in Schwierigkeiten geratenen systemrelevanten Banken bessere Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Hierfür wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Instrumentarien frühzeitigen Eingreifens vor dem Eintritt der Insolvenz bis hin zu Abwicklungsmechanismen für Banken umfasst.

Ausstiegsstrategie entwickeln und umsetzen

Wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Marktmechanismus ist die glaubwürdige Befristung der staatlichen Eingriffe. Die Bundesregierung wird eine konsistente und geordnete Ausstiegsstrategie aus staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen entwickeln und umsetzen, sobald insbesondere die Finanzmärkte wieder reibungslos arbeiten.

Im Rahmen einer Ausstiegsstrategie wird die Bundesregierung die krisenbedingt eingegangenen Beteiligungen der öffentlichen Hand überprüfen und hierfür einen Expertenrat einberufen.